

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Keine Einigung im EG-Gipfel

Die EG-Gipfelkonferenz hat sich am Dienstag abend über Ausnahmemöglichkeiten von Mehrheitsentscheidungen zur Schaffung eines gemeinschaftlichen Binnenmarktes ohne Grenzen geeinigt und damit ein wichtiges Hindernis für die Reform der Europäischen Gemeinschaft beseitigt. Doch konnten sich die Staats- und Regierungschefs bis zum Ende der Konferenz kurz nach Mittwoch Mitternacht in einem wesentlichen Punkt der umstrittenen EG-Reform, der Ausweitung der Rechte des Europaparlamentes, nicht einigen.

### McFarlane zurückgetreten

Der Berater des amerikanischen Präsidenten für nationale Sicherheit, Robert McFarlane, ist nach langwierigem Streit mit dem Stabschef des Weissen Hauses, Donald Regan, von seinem Posten zurückgetreten. Dies teilten am Dienstag abend Regierungsbeamte in Washington mit.

### Jaruzelski in Paris eingetroffen

Der polnische Staats- und Parteichef Wojciech Jaruzelski ist am Dienstag abend, einen Tag nach der überraschenden Ankündigung seines Besuchs durch den französischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand, in Paris eingetroffen. Er kam in einem Sonderflugzeug aus Algier. Jaruzelski wurde am Mittwoch von Francois Mitterrand in Paris zu einer Unterredung empfangen.

### Hausarrest für Kim Dae Jung

Der Oppositionsführer von Südkorea, Kim Dae Jung, ist am Mittwoch von der Polizei wieder unter Hausarrest gestellt worden.

## Noch 60 Tage bis zur Wahl!

Derzeit stehen die beiden traditionellen Parteien im Wahlkampf um die 15 Sitze im Landtag sowie um die Bildung der Regierung. Möglicherweise aber wird es nicht allein bei diesem Zweikampf bleiben. Wie aus politisch interessierten Kreisen zu erfahren ist, gibt es Bestrebungen, eine dritte Liste einer bisher nicht bekannten politischen Bewegung aufzustellen. Verschiedene Namen werden bereits genannt, ohne dass jedoch Gewähr dafür geboten wird, dass diese schliesslich auch auf einer dritten Liste aufscheinen werden.

Nach anderen Informationen befassten sich nicht weniger als drei Gruppierungen mit der Frage einer selbständigen Kandidatur. Eine davon ist der Frauenbewegung zuzuordnen. Eine zweite soll sich aus unzufriedenen Bürgern aus beiden Lagern der bisherigen politischen Landschaft zusammensetzen. Und eine dritte schliesslich wird jenem Kreis zugeordnet, der mit den Zuständen um den Staatsgerichtshof und mit den Umständen um das Kunsthaus nicht mehr einverstanden ist.

Ob es wirklich dazu kommt, ist vorerst noch eine offene Frage. Die Abgabefrist für die Listen ist erst kurz vor Weihnachten.



## Fast 10 Millionen Mehrausgaben als Nachtragskredit

Die Regierung beantragt beim Landtag einen Nachtragshaushalt für 41 verschiedene Kreditpositionen

Der vom Landtag für das Rechnungsjahr 1985 bewilligte Kreditrahmen wird sich stark ausweiten. Nachdem bereits ein erster summarischer Nachtragskredit in Höhe von 1,3 Millionen Franken sowie zusätzliche Kredite für den Papstbesuch, den Ankauf der tibetischen Sammlung sowie den Kauf einer Residenz in Strassburg bewilligt worden sind, legt nun die Regierung einen Nachtragshaushalt für 41 verschiedene Kreditpositionen im Gesamtvolumen von 9,6 Millionen Franken vor. Der Ausgabenrahmen wird sich damit von ursprünglich 269,7 Millionen Franken auf 284,9 Millionen Franken ausweiten.

Mit dem Voranschlag hat der Landtag für das Rechnungsjahr 1985 einen Ausgabenrahmen von 269,7 Millionen Franken bewilligt. In seiner Sitzung vom 3./4. Juli 1985 hat der Landtag darüber hinaus einen ersten summarischen Nachtragshaushalt für sieben Kreditpositionen mit einem zusätzlichen Ausgabenvolumen von 1,3 Millionen Franken bewilligt. Zur gleichen Zeit genehmigte der Landtag über Antrag der Regierung auch einen Nachtragskredit von rund 2,8 Millionen Franken über die Deckung der Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Pastoralbesuch des Heiligen Vaters im Fürstentum Liechtenstein sowie einen Nach-

tragskredit für den Ankauf einer Sammlung tibetanischer Kunstgüter in Höhe von 0,8 Millionen Franken. Für den Ankauf, die Erneuerung und bauliche Anpassung einer Residenz für die Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg wurde in der Sitzung des Landtags vom 20. November 1985 ein weiterer Kredit von rund 0,7 Millionen Franken bereitgestellt. Der Rahmen der bis heute bewilligten Kredite für laufende und investive Ausgabenverpflichtungen hat sich damit auf 275,3 Millionen Franken erhöht.

### Mehr für Papstbesuch und Fernmeldewesen

Mit dem nun dem Landtag vorgelegten zweiten summarischen Antrag auf Gewährung von Nachtragskrediten werden für 41 Positionen des Voranschlags zusätzliche Mittel zur Genehmigung beantragt, welche den bisher festgesetzten Ausgabenrahmen um weitere 9,6 Millionen Franken ausweiten werden. Dieser betragsmässig gewichtige Nachtrag zum Voranschlag wird in erster Linie durch die absehbaren Mehraufwendungen für Neuinvestitionen in Telefonzentralen und Teilnehmereinrichtungen im Fernmeldebereich mitbestimmt. Für sie ist aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach Ap-

paraten mit komfortablen Zusatzausrüstungen und aufgrund kostspieliger Erweiterungen bestehender Grossanlagen ein um rund 2,4 Millionen Franken erhöhter Finanzbedarf gegenüber den budgetierten Limiten abzeichnet. Mehraufwendungen in Höhe von 1,4 Millionen Franken ergeben sich im weiteren aus der Endabrechnung des indirekten Aufwands im Post- und Fernmeldebereich für das Jahr 1984, welche insbesondere bei den Kosten für die Postsachenbeförderung und bei den an Drittländer abzuliefernden Taxanteilen im Fernmeldebereich gewichtige Mehrausgaben verursachte. Der Anstieg des Mittelbedarfs für neue Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaues um 1,2 Millionen Franken erklärt sich mit der anhaltend ausgeprägten Inanspruchnahme dieser Förderungsmassnahme, zeichnet sich doch auch im laufenden Jahr eine darlehensmässig unterstützte Endfinanzierung von 110 Wohneinheiten ab. Als einmalige Sonderausgaben können demgegenüber die Mehrkosten für den Besuch des Heiligen Vaters - erster Kredit 2,750 Millionen Franken, zweiter Kreditantrag 1,350 Millionen Franken - und die witterungsbedingten Mehrkosten für die Sanierung der Rüfeschäden bezeichnet werden, die 400'000 Franken beanspruchen.

## Papstbesuch wird voraussichtlich 4,4 Millionen kosten

Die Regierung legte dem Landtag einen Nachtragskredit für den Besuch des Heiligen Vaters vor

Die voraussichtlichen Kosten für den Besuch des Heiligen Vaters sind, wie fast zu erwarten war, zu knapp berechnet worden. Die Regierung hatte ursprünglich mit Aufwendungen von insgesamt 2,750 Millionen gerechnet und vom Landtag einen entsprechenden Kredit verlangt. Nun hat sich herausgestellt, dass die effektiven Kosten bedeutend höher liegen. Dem Landtag liegt nun ein Begehren der Regierung vor, einen weiteren Kredit von 1,350 Millionen Franken zu bewilligen.

Wie die Regierung in ihrem Bericht vom 4. Juli 1985 über die Genehmigung eines Nachtragskredites für die Deckung der mit dem Pastoralbesuch Seiner Heiligkeit Papst Johannes Paul II. zusammenhängenden Kosten ausführte, war der Rahmen der finanziellen Aufwendungen zum Zeitpunkt der Krediteinholung in mehreren Teilbereichen noch nicht genau abschätzbar, zumal auch das Programm über den Ablauf noch nicht definitiv feststand. In der Zwischenzeit ist der grösste Teil der Rechnungen eingegangen und es ist aufgrund der geleisteten Zahlungen davon auszugehen, dass sich die Gesamtausgaben auf rund 4,4 Millionen Franken belaufen werden.

### Unvorhergesehene Mehrkosten

Zur Überschreitung des Kostenrahmens haben insbesondere die Aufwendungen für die baulichen Massnahmen im Sportpark Eschen-Mauren und bei der Begegnungsstätte Dux beigetragen. Sie fielen um rund 1,2 Millionen Franken höher als angenommen aus, was teils auf die nachträglich beschlossene Abdeckung des Sportfeldes, teils auf Mehrkosten für den Aufbau einer würdigen Altarinsel, teils auf zusätzliche Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und teils aber auch auf unvorhergesehene Mehrkosten für die Beschaffung, für die Zugangswege und die Pfählung zurückzuführen ist. Um rund 0,2 Millionen Franken höher als angenommen fielen auch die Aufwendungen im Bereiche der Sicherheit, des Verkehrs und Transports aus, da für die Bewältigung des Andrangs von Messbesuchern zahlreiche Helfer einzusetzen waren. Schliesslich erhöhten sich auch die Aufwendungen im Bereiche der Gesamtkoordination um knapp 0,2 Millionen Franken, was zahlreichen nicht vorhersehbaren Vorkehrungen, Anschaffungen und administrativen Umtrieben zuzu-

schreiben ist. Die kurze Zeit der Vorbereitung, die mehrmaligen Umstellungen im Programmablauf, die Ferienzeiten während der Aufbauphase und die Bemühungen des Organisationskomitees, diesen besonderen Anlass würdig vorzubereiten und gegen alle Eventualitäten gerüstet zu sein, haben nach Angaben der Regierung auch einen Teil der eingetretenen Mehrkosten mitverursacht.

### Nichtkalkulierte Zusatzaufwendungen

Im Bereich der Gesamtkoordination ergeben sich die Mehrkosten vor allem aus einer grösseren Zahl von benötigten Hubschraubern (Mehrkosten 60'000 Franken) und aus vermehrten Ausgaben für Informationsmaterial (Mehrkosten 70'000 Franken). Beim Bereich Sicherheit, Verkehr und Transport war im Juni noch relativ wenig festgelegt, so dass sich

sowohl die Kosten für die beigezogenen Sicherheitskräfte wie für die Erstellung der Infrastruktur stark erhöht haben. Zum Bereich Bauten wurde bereits oben festgestellt, dass die Hauptursachen für die eingetretenen Mehrkosten darin liegen, dass bei der Schätzung im Juni viele Faktoren, welche eine Kostenschätzung relevant machen, noch nicht vorlagen, dass die Arbeiten in der Sommerpause zu relativ teuren Bedingungen ausgeführt werden mussten, dass infolge der kurzen Zeit keine Offerten eingeholt werden konnten und dass insbesondere Mehrausgaben entstanden aufgrund von Forderungen der Sicherheitsorgane. Mehrkosten ergaben sich weiter aus Rücksichten auf die Natur und den Baubestand sowie auf der bestmöglichen Schonung der Sportanlagen insbesondere der Rasenfläche.

## Höhere Familienzulagen in Sicht

Der Landtag ist für Staffelung nach Kinderzahl

Die Chancen für kinderreiche Familien, in den Genuss höherer Kinderzulagen zu kommen, sind derzeit gut. Der Landtag stimmte grundsätzlich einer Regierungsvorlage zu, welche die Forderungen einer FDP-Motion weitgehend berücksichtigt. Ausserdem haben Vertreter beider Fraktionen angedeutet, dass sie angesichts der guten Finanzlage der Familienausgleichskasse einer noch höheren Zulage zustimmen könnten.

Die von der FDP-Motion geforderte gestaffelte Leistung nach dem Alter der Kinder sowie nach der Kinderzahl einer Familie ist in dem Regierungsvorschlag verwirklicht worden. Nach der Vorlage, die auf einen Entwurf der FAK-Expertenkommission zurückgeht, erhält künftig eine Familie für das erste Kind eine Zulage von 110 Franken wie bisher. Ab dem zweiten Kind soll sich der Betrag auf 140 Franken und zwar für jedes Kind erhöhen.

Nicht berücksichtigt wurde im Regierungsentwurf der Antrag der FDP-Motion, eine wohnsitzgebundene Ausbildungshilfe einzuführen und eine Reduktion der Beiträge der Arbeitgeber vorzunehmen. Die Ausbildungshilfen, die nicht generell an alle Bezüger von Familienzulagen ausgerichtet werden sollte,

sondern nur an solche, die auch ihren Wohnsitz in unserem Land haben, wird dem Landtag nochmals beschäftigen. Der FDP-Abgeordnete Josef Büchel stellte den Antrag auf Überprüfung und tonte an, dass vielleicht eine andere Lösung gefunden werden könnte.

Auch die Höhe der Kinderzulagen für kinderreiche Familien steht nochmals zur Diskussion. Nachdem der FDP-Abgeordnete Armin Meier eine weitere Erhöhung vorgeschlagen hatte, stellte der VU-Abgeordnete Alfons Schädler den konkreten Antrag, die Zulagen für Familien mit über vier Kindern auf 170 Franken pro Kind anzuheben, um eine noch familienfreundlichere Ausgestaltung zu erreichen. Josef Büchel (FDP) liess auch durchblicken, dass er für eine Weiterführung der Kinderzulagen über das 18. Altersjahr hinaus unter bestimmten Umständen wäre, beispielsweise bei Kindern, die das Gymnasium besuchen.

Über diese Vorschläge wird sich der Landtag in der Detailberatung am 18. und 19. Dezember nochmals zu äussern haben.

Siehe auch die Stellungnahmen von Landtagsvizepräsident Armin Meier und des FDP-Abgeordneten Josef Büchel im Innern der heutigen Ausgabe.

## Gampriner Budget für 1986

Ausgeglichener Voranschlag

Das Gemeindebudget von Gamprin für das Jahr 1986 sieht bei Berücksichtigung des Laufenden Haushalts und des Investitionsausbaus einen Deckungsüberschuss von 45'808 Franken vor. Die Verwaltungsrechnung schliesst bei Aufwendungen in Höhe von 2,020 Millionen Franken und Erträgen von 3,214 Millionen Franken sowie unter Einbezug der Abschreibungen von 1,112 Millionen Franken mit einem Ertrag in Höhe von 81'608 Franken ab. Das einstimmig genehmigte Budget trägt die Handschrift der Ausgewogenheit, der Sparsamkeit und der Realisierbarkeit.

In der Verwaltungsrechnung fallen bei den Ausgabepositionen besonders ins Gewicht: Schulwesen 353'000 Franken, Allgemeine Verwaltung 175'000 Franken, Bauwesen 196'000 Franken, Zinsen 201'000 Franken, Kirchenwesen 187'000 Franken, Umweltschutz 75'000 Franken, Sport und Freizeit 83'000 Franken, Waldwirtschaft 380'000 Franken (Erträge 235'000 Franken), Sozialwesen 59'000 Franken, Feuerlöschwesen 81'000 Franken. Auf der Ertragsseite sind dies in erster Linie die Steuern mit 2,504 Millionen Franken sowie Subventionen und Leistungen Dritter.

Die Investitionsrechnung sieht Ausgaben von 1,838 Millionen Franken und Erträge (Subventionen von rund 690'000 Franken vor. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen und der Übernahme des Ertragsüberschusses aus der Laufenden Rechnung verbleibt ein Deckungsüberschuss von 45'808 Franken.

### Keine sicheren Kostenschätzungen möglich

Die Regierung und das Organisationskomitee wollten alles unternehmen, um diesen Besuch erfolgreich ablaufen zu lassen. Die Regierung hat bereits bei der Einholung des Nachtragskredites im Sommer darauf hingewiesen, dass es nicht möglich ist, angesichts der Komplexität der Aufgabe, welche in dieser Form noch nie in unserem Land wahrzunehmen war, eine sichere Kostenschätzung abzugeben. Aus verschiedenen Voten in der damaligen Diskussion konnte die Regierung auch entnehmen, dass dies dem Landtag auch bewusst war.

### Bleibende Werte

Hinzuweisen ist schliesslich auch darauf, dass verschiedene bleibende Werte geschaffen wurden, so insbesondere im Zusammenhang mit dem Altar im Sportpark Eschen/Mauren, dessen Stahlkonstruktion zu einer bleibenden Gedenkstätte an den historischen Besuch des Heiligen Vaters in unserem Land gestaltet werden soll.

## Gaswolkenalarm in Italien

Panik in Neu-Delhi - 53 Verletzte

Neu-Delhi (AP) Der Austritt einer ungiftigen Gaswolke aus einer Düngemittelfabrik im Westen Neu-Delhis hat am Mittwoch eine Panik unter den Anwohnern ausgelöst. Nach Mitteilung der Polizei flohen viele Bewohner in die Innenstadt oder den Süden der Stadt. Drei Angestellte der Firma seien unter dem Verdacht der Fahrlässigkeit festgenommen worden, hiess es weiter.

Ein Sprecher der Stadtverwaltung teilte mit, dass 53 Bewohner mit Halsschmerzen und Augenreizungen in Krankenhäuser eingeliefert werden mussten. Bis auf fünf Personen seien alle nach ambulanter Behandlung wieder entlassen worden.